



Kommunalwahlen Wen wählen - und warum?

Wir sind mal wieder gefragt, wir, die Wähler. Unser nächster Termin ist der 7. Juni. Dann geht es in den Wahllokale um die Zusammensetzung der kommunalen Parlamente - und gleichzeitig auch um die des europäischen Parlaments. Wir konzentrieren uns auf die Leute vor Ort und sprachen mit den Vorsitzenden (Dr. Michael Burghardt, Dr. Wolfram Leuze, Dr. Ilse Lauter und Axel Dyck) bzw. den Geschäftsführern (Ansbert Maciejewski und Knut Keding) der derzeit im Leipziger Stadtrat vertretenen Fraktionen. Was wollen die und deren Mitstreiter erreichen? Und welche Positionen nehmen sie zu verschiedenen Punkten des Stadtgeschehens ein? Außerdem wollten wir aus Lokalpolitikern Munde wissen, womit sich der Leipziger Stadtrat überhaupt befasst und was die Befragten zu einer Wahlbeteiligung von unter 50 Prozent sagen. Beim letzten Mal, 2004, lag die in unserer Stadt bei 39,0 (Europawahlen) bzw. 38,6 Prozent (Kommunalwahlen).

CDU

BLITZ!: Welche kommunalen Probleme wollen Sie in den nächsten fünf Jahren lösen?

Ansbert Maciejewski: Leipzig muss sicherer und sauberer werden. Auf CDU-Initiative wurde mit dem Haushalt 2009 zusätzliches Personal für den Stadtordnungsdienst beschlossen. - Die kommunalen Betriebe sollen durch günstige Preise für Strom und Straßenbahn Schlagzeilen machen, nicht durch die Auslandsreisen und Luxusuhren ihrer Geschäftsführer. Städtische Firmen müssen sich auf die Aufgaben der Daseinsvorsorge für die Leipziger konzentrieren. Wir sind gegen Risiko-Geschäfte außerhalb der Stadtgrenzen. - Die CDU Leipzig will eine kostenlose Kindergartenbetreuung. Wir setzen uns dafür ein, dass in Leipzig kurzfristig auch das zweite Vorschuljahr beitragsfrei wird. Einen Großteil der dafür notwendigen Summe haben wir bereits, weil der Freistaat Sachsen die Kosten für das beitragsfreie letzte Kita-Jahr trägt und die Stadt dadurch bereits Einsparungen hat. Spätestens bis zum Ende der kommenden Wahlperiode 2014 wollen wir ein komplett elternbeitragsfreies Betreuungsangebot in den Leipziger Kindergärten.

BLITZ!: Wie wollen Sie das finanzieren?

Ansbert Maciejewski: Der Stadtrat muss Oberbürgermeister und Verwaltung besser kontrollieren. Das kostet kein Geld, sondern nur ein wenig Engagement und guten Willen.

BLITZ!: Jugend, Kultur, Sport - was wollen Sie wie fördern?

Ansbert Maciejewski: Die Erhöhung der Mittel für die Freie Szene ist beschlossen. Insgesamt glaube ich aber nicht, dass es künftig viel mehr Geld in der Vereinsförderung geben wird. Aber wir wollen im gleichen Umfang wie in der Vergangenheit die Vereine fördern. Und natürlich immer prüfen, ob die Schwerpunkte noch richtig gesetzt sind. Die Vereinslandschaft ist schließlich bunt und ändert sich ständig.

BLITZ!: Wie stehen Sie und Ihre Partei zum Thema Nachtfluglärm in und über Leipzig?

Ansbert Maciejewski: **Nachtflüge waren ein wesentlicher Grund für die DHL-Ansiedlung, die vielen Menschen Arbeit gebracht hat. Die CDU bekennt sich ohne Wenn und Aber zum Flughafen und zu DHL. Ebenso treten wir dafür ein, die Lärmbelastigung so weit wie möglich zu vermindern. Die nächtliche Stille und Beschaulichkeit eines Luftkurortes werden wir jedoch nicht erreichen. Leipzig ist eine Halbmillionenstadt.**

BLITZ!: Womit befasst sich der Leipziger Stadtrat, und in welchen Fragen hat er nicht mitzubestimmen?

Ansbert Maciejewski: Im Stadtrat werden alle Angelegenheiten von erheblicher politischer, wirtschaftlicher und sozialer Bedeutung für die Stadt beraten und Entscheidungen getroffen, z.B.



- Beschlüsse über den Bau öffentlicher Einrichtungen wie Museen oder Sportanlagen
- Beschlüsse zur finanziellen Unterstützung von Vereinen
- Erlass von Satzungen (z.B. Straßenreinigungssatzung,

Hundesteuersatzung)

- Bebauungspläne, Flächennutzungsplanänderungen
- Personalentscheidungen (z.B. Wahlen Amtsleiter und Bürgermeister)
- Beschlussfassung über den jährlichen Haushaltsplan

Der Stadtrat legt darüber hinaus die Grundsätze für die Verwaltung fest und kontrolliert die Ausführung, Umsetzung sowie Einhaltung seiner Entscheidungen.

Die Ratsversammlung ist kein Parlament im Sinne des Bundes- oder Landtages.

Ein Trennung nach Parlament (Legislative, z.B. Sächsischer Landtag), Regierung (Exekutive, z.B. Sächsische Staatsregierung) und Gerichte (Judikative, z.B.

Verwaltungsgericht) existiert auf Stadtebene nicht. Die Stadt Leipzig ist eine so genannte Selbstverwaltungskörperschaft und zählt organisatorisch zur Verwaltung, also zur Exekutive. Der Stadtrat ist der demokratisch gewählte Teil dieser Verwaltung und ist an die Bestimmungen der Sächsischen Gemeindeordnung (SächsGemO) gebunden. Die Stadt wird durch die Kommunalaufsicht kontrolliert. Das ist für uns die Landesdirektion Leipzig, das frühere Regierungspräsidium.

BLITZ!: Ist eine Wahlbeteiligung unter 50 Prozent für Sie problematisch? Warum bzw. warum nicht?

Ansbert Maciejewski: Wenn nur 30 Prozent der Menschen ein Wahlergebnis bestimmen, ist die Wahl trotzdem gültig. Aber das Ergebnis ist eben weniger repräsentativ, als wenn 80 Prozent wählen gehen. Es ist bedauerlich, dass viele Menschen meinen, man könne sowieso nichts ändern, wenn man zu Wahl geht. Wer zuhause bleibt, wählt im Prinzip die Chaoten am linken und rechten Rand. Denn deren Stimmen wiegen bei geringer Wahlbeteiligung viel stärker.

BLITZ!: Wie stehen Sie und Ihre Partei zum Thema Public Private Partnership in Leipzig?

Ansbert Maciejewski: PPP-Modelle sind eine Möglichkeit, um kommunale Aufgaben mit Unterstützung privater Partner zu erledigen. Dabei sollte man weniger die Kostenersparnis, sondern vielmehr die Effizienzpotentiale derartiger Modelle in den Fokus rücken. In welchen Bereichen PPP sinnvoll ist, muss jeweils im Einzelfall entschieden werden. Für die CDU hat Priorität, dass die regionale Wirtschaft mit im Boot ist, wenn es zu PPP-Modellen kommt. Es darf nicht sein, dass den Leipziger Firmen bei PPP-Projekten die Rolle eines schlecht bezahlten Subunternehmers zufällt.

FDP

BLITZ!: Welche kommunalen Probleme wollen Sie in den nächsten fünf Jahren lösen?

Dr. Michael Burgkhardt: Wir müssen den Haushalt in einem halbwegs funktionierenden Gleichgewicht zu halten versuchen. Die Wirtschaftskrise wird uns in ihren Auswirkungen in den nächsten Jahren immer wieder einholen. Vernünftige Investitionsprogramme und äußerst sparsame Haushaltsführung müssen dabei Mittel zur Stabilisierung werden.

BLITZ!: Wie wollen Sie das finanzieren?

Knut Keding: Nur über die im Haushalts sicherungskonzept festgelegten Grundsätze. Dabei sind noch nicht alle Messen gesungen, wenn es darum geht, sich von Prozenten bei Städtischen Beteiligungen zu trennen. Mancher Gegner der Veräußerungsabsicht aus dem Jahr 2008 wird das vielleicht jetzt auch so sehen.

BLITZ!: Jugend, Kultur, Sport - was wollen Sie wie fördern?

Knut Keding: Vereine und Initiativen, die sich der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen



widmen, sind ausreichend zu fördern, bei hohem Qualitätsanspruch, auch im Breitensport. Hier muss man noch zielgerichteter und insbesondere den kleinen Vereinen Unterstützung zukommen lassen. Da wird hervorragende Arbeit geleistet, aber Geld ist oft bisher noch keins geflossen. - Zur Kultur: Wir haben bekanntermaßen 2008 die Erhöhung des Etats der Freien Szene auf 5 % der Kulturgesamtausgaben beantragt. Der Rat hat entsprechend beschlossen. Die

Stadt hat aber die nötigen Summen nicht in den Haushalt einstellt. Wir werden es dennoch durchsetzen.

BLITZ!: Wie stehen Sie und Ihre Partei zum Thema Nachtfluglärm in und über Leipzig?

Dr. Michael Burgkhardt: **Wir haben uns zur Ansiedlung von DHL seinerzeit bekannt. Dass es zu Belastungen zuungunsten der betroffenen Bevölkerung kommen würde, war vorauszuahnen. Die wurden allerdings als verträglich und damit zu niedrig eingeschätzt. Die Südabkurvung kann keine dauerhafte Lösung sein. Wir als Stadträte können gar nicht anders, als der Arbeit der Fluglärmkommission zu vertrauen, die meiner Meinung nach dafür sorgen soll, Verstöße gegen gesetzliche Regelungen entsprechend zu ahnden und in zielführenden Verhandlungen mit den Betreibern zu verträglicheren Lösungen zu kommen.**

BLITZ!: Womit befasst sich der Leipziger Stadtrat, und in welchen Fragen hat er nicht mitzubestimmen?

Knut Keding: Mit allen Dingen, die im Interesse der Stadtverwaltung, also des Oberbürgermeisters und seiner Administration aus ihrem Selbstverständnis einerseits und den gesetzlich vorgegebenen Aufgaben andererseits, liegen und mit Anliegen von den gewählten Volksvertretern im Rat. Gleichzeitig aber noch basisdemokratischer mit Petitionen von Bürgern. Mit schulischen Inhalten beschäftigen wir uns bspw. aber nicht.

BLITZ!: Ist eine Wahlbeteiligung unter 50 Prozent für Sie problematisch? Warum bzw. warum nicht?

Knut Keding: Problematisch in jedem Fall. Wir sehen eine grundsätzliche Gefahr darin, dass immer öfter Politiker nicht mehr die Mehrheit der Bevölkerung, sondern nur noch die Mehrheit von Wählern repräsentieren. Letzteres dann zuweilen mit einem realen Stimmenanteil, der bei einem Sechstel der Wahlberechtigten liegt wie bei Leipzigs Oberbürgermeister.

BLITZ!: Wie stehen Sie und Ihre Partei zum Thema Public Private Partnership in Leipzig?

Knut Keding: Wir stehen zu unserer Aussage, dass wir grundsätzlich PPP sehr offen gegenüber stehen. Allerdings ist es dabei wichtig, dass ein lukrativer Effizienz-Vorteil erzielbar ist. Wer sich auf ein 25 Jahre andauernde Vertragspartnerschaft einlässt, muss insbesondere natürlich bei der Vertragsgestaltung mehr als vorsichtig sein. Erfahrungen gibt es aus anderen deutschen Städten, Vorsicht ist dennoch geboten.

Grüne

BLITZ!: Welche kommunalen Probleme wollen Sie in den nächsten fünf Jahren lösen?

Dr. Wolfram Leuze: Leipzig muss den Stillstand der vergangenen Jahre - z.B. auch im Umweltschutz - überwinden und wieder zu der Begeisterung, dem Fortschrittsglauben und Selbstvertrauen zurückfinden, die sich hinter dem Slogan "Leipzig kommt" verbargen. Nur so werden wir die Kraft und das Vermögen haben, Arbeitslose in Arbeit zu bringen und die offene Schere zwischen Arm und Reich zu schließen.

BLITZ!: Wie wollen Sie das finanzieren?

Dr. Wolfram Leuze: Die Aussicht, die kommunalen Finanzen in Ordnung zu bringen, stehen nicht gut. Der laufende Haushalt wird voraussichtlich durch die geringeren Steuereinnahmen

und steigenden Sozialausgaben wegen der aktuellen Weltwirtschaftskrise mit einem dramatischen Defizit schließen. Deswegen sehen wir davon ab, den Wählern wohlfeile Versprechungen zu machen, die weder bezahlt, noch eingehalten werden können.

BLITZ!: Jugend, Kultur, Sport - was wollen Sie wie fördern?

Dr. Wolfram Leuze: Allen Leipziger Kindern und Jugendlichen muss eine chancengleiche, wohnortnahe schulische Bildung ermöglicht werden. Eine gute Bildung verhindert soziale Benachteiligung. In der Kultur setzen wir uns dafür ein, dass die Verwaltung, neben der Hochkultur die Freie Szene in ihren Bestrebungen stärker und nachhaltig unterstützt. Die Leipziger Sportvereine müssen durch die Vorhaltung von Sportstätten und Fördermittel für ihre Jugend- und Breitensportarbeit unterstützt werden.

BLITZ!: Wie stehen Sie und Ihre Partei zum Thema Nachtfluglärm in und über Leipzig?

Dr. Wolfram Leuze: **Wir sind an einer guten Entwicklung des Flughafens interessiert. Die Entwicklung des Flughafens kann aber nicht auf Kosten seiner Anwohner erfolgen. Wir fordern deshalb, das Stadtgebiet von Leipzig mit seinen Ortsteilen nicht weiter als Flugerwartungsgebiet auszuweisen und die Südabkurvung stillzulegen.**

BLITZ!: Womit befasst sich der Leipziger Stadtrat, und in welchen Fragen hat er nicht mitzubestimmen?

Dr. Wolfram Leuze: Die Rechte des Leipziger Stadtrates bestimmen sich nach der Sächsischen Gemeindeordnung und der Hauptsatzung der Stadt Leipzig. Der Stadtrat entscheidet u. a. über die Bestellung der Bürgermeister und Amtsleiter, den städtischen Haushaltsplan, die Übernahme freiwilliger Aufgaben, die Durchführung von Bürgerentscheiden und vieles mehr.

BLITZ!: Ist eine Wahlbeteiligung unter 50 % für Sie problematisch? Warum bzw. warum nicht?

Dr. Wolfram Leuze: Die repräsentative Demokratie gibt jedem Wahlberechtigten das Recht durch Wahlen die Zusammensetzung parlamentarischer Gremien mitzubestimmen. Für die Legitimation eines solchen Gremiums ist nicht entscheidend, wie viele Wahlberechtigten ihr Wahlrecht wahrgenommen haben oder nicht, wichtig ist, dass eine demokratische Wahl stattgefunden hat und die Wahlberechtigten die Möglichkeit hatten sich an ihr zu beteiligen. Die so genannte Politikverdrossenheit ist, glaube ich, kein Argument, den Wahlen fernzubleiben. Gerade bei Wahlen haben die Bürger die Möglichkeit zwischen verschiedenen demokratischen Parteien zu wählen und ihrem Unmut durch die Wahl einer anderen demokratischen Partei Ausdruck zu verleihen. Wer nicht wählt, versäumt die Möglichkeit etwas zu verändern und verhilft radikalen Parteien zu einer sachlich nicht verdienten parlamentarischen Präsenz.

BLITZ!: Wie stehen Sie und Ihre Partei zum Thema Public Private Partnership (PPP) in Leipzig?

Dr. Wolfram Leuze: PPP ist keine Lösung kommunaler Haushaltsprobleme, denn bei PPP-Projekten wird den Kommunen nichts geschenkt, sondern im Auftrag der Kommune von Privaten Projekte realisiert, die von der Kommune während der Vertragslaufzeit finanziell abgegolten werden müssen. Interessant ist jedoch das Ziel von PPP, die öffentlichen Investitionen durch eine Gesamtkostenoptimierung im Lebenszyklus wirtschaftlicher als bisher zu gestalten. Hier ist zu prüfen, ob diese Gesamtkostenoptimierung nicht auch durch die öffentliche Hand zu erzielen ist. Kritisch hinterfragt werden muss weiter, ob durch PPP-Projekte nicht regionale, mittelständische Unternehmen von der Auftragsvergabe ausgeschlossen werden, weil die Größe des Auftrages ihre finanziellen Möglichkeiten übersteigt.



BLITZ!: Welche kommunalen Probleme wollen Sie in den nächsten fünf Jahren lösen?

Dr. Ilse Lauter: Sicherung und Ausbau existenzsichernder Beschäftigung in der privaten Wirtschaft und im öffentlichen Beschäftigungssektor; Spürbarer Abbau des Sanierungsstaus bei Schulen und Kitas; Bedarfdeckendes Angebot bei Kita; Weitere Zurückdrängung der Umweltbelastungen wie Lärm und Feinstaub; Sicherung einer sozialen Stadtentwicklung; Erhöhung der Bürgerbeteiligung bei zentralen Fragen der Stadtentwicklung.

BLITZ!: Wie wollen Sie das finanzieren?

Dr. Ilse Lauter: An erster Stelle: durch eine nachhaltige Reform der kommunalen Finanzen mit einer Revitalisierung der Gewerbesteuer im Zentrum; durch Durchsetzung eines gerechten Sozillastenausgleichs im Freistaat Sachsen; durch wirtschaftlichen und effektiven Einsatz der vorhandenen finanziellen Ressourcen der Stadt.

BLITZ!: Jugend, Kultur, Sport - was wollen Sie wie fördern?

Dr. Ilse Lauter: Im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe werden wir uns dafür einsetzen, dass ein bedarfsgerechtes Angebot an Prävention, Beratung und Hilfe für Kinder und Jugendliche und Familien mit Kindern zur Verfügung steht. Ein besonderer Schwerpunkt ist für uns die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Im Bereich Kultur setzen wir uns für eine Anhebung der Förderung soziokultureller Vereine sowie freier Einrichtungen und Projekte auf mittelfristig 5 % des Kulturretats der Stadt ein. Im Bereich des Sports werden wir die Sanierung von Sporthallen, Schwimmhallen und Sportplatzanlagen befördern. Um das Defizit an Hallenflächen insbesondere für Spielsportarten abzubauen, unterstützen wir den Bau von Dreifeldhallen. Die Sportförderung soll sich an den steigenden Mitgliederzahlen orientieren.

BLITZ!: Wie stehen Sie und Ihre Partei zum Thema Nachtfluglärm in und über Leipzig?

Dr. Ilse Lauter: **Die Belastung zehntausender Menschen durch den vom Flughafen Leipzig/Halle verursachten Boden- und Fluglärm, insbesondere in der Nacht, überschreitet inzwischen jedes akzeptable Maß. Wir lehnen diesen ungehinderten Flugbetrieb ebenso ab wie die militärische Nutzung des Flughafens. Das Argument, der Fluglärm sei eine unvermeidliche Nebenwirkung erfreulicher wirtschaftlicher Aktivitäten, ist in dieser scheinbaren Kausalität nicht hinnehmbar. Es genügt nicht, einzig das Arbeitsplatz-Argument als Rechtfertigung für die Gestaltung des Flugbetriebs ins Feld zu führen.**

BLITZ!: Womit befasst sich der Leipziger Stadtrat und in welcher Frage hat er nicht mitzubestimmen?

Dr. Ilse Lauter: Das ist in der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in den §§ 27 bis 47 sowie in der Hauptsatzung der Stadt Leipzig in den §§ 5 bis 17 geregelt. Diese Materialien stehen der Öffentlichkeit zur Verfügung.

BLITZ!: Ist eine Wahlbeteiligung unter 50 % für Sie problematisch? Warum bzw. warum nicht?

Dr. Ilse Lauter: Zur Stadtratswahl vor fünf Jahren hatten wir eine Wahlbeteiligung von insgesamt 38,5 %. Dieses Ergebnis konnte niemanden zufrieden stellen. Zu den Hintergründen gehört die immer stärkere Einengung der kommunalen Handlungsfähigkeit, die nicht zuletzt auch durch die unzureichende Finanzausstattung der Städte und Gemeinde bedingt ist. Wir würden es sehr begrüßen, wenn es gelingen würde, in diesem Jahr mehr Bürgerinnen und Bürger zu gewinnen, dass sie zur Wahl gehen. In den Wahlveranstaltungen und an den Ständen werden wir jedenfalls dafür werben.

BLITZ!: Wie stehen Sie und Ihre Partei zum Thema Public Private Partnership in Leipzig?

Dr. Ilse Lauter: Der derzeitige Sanierungsstau an Leipziger Schulgebäuden von ca. 490 Millionen Euro ist ein gravierendes Problem, das die Stadtverwaltung nicht aus eigener Kraft



bewältigen kann. Eine Privatisierung der Schulverwaltung, als kommunaler Pflichtaufgabe, durch PPP lehnen wir jedoch ab. Zum einen ist die grundsätzlichere Wirtschaftlichkeit durch einen privaten Betreiber nicht nachweisbar. Hinzu kommen die außerordentlichen Risiken, die mit einer vertraglichen Bindung über 25 Jahre verbunden sind. Sie ergeben sich aus den derzeit über einen solch langen Zeitraum nicht vorhersehbaren demographischen Entwicklungen aber auch aus möglichen Veränderungen schulpolitischer Art. Durch die geplante Umwandlung der Forderungen des Privaten an die Stadt in Finanzprodukte, die an globalen Märkten gehandelt werden, ergeben sich darüber hinaus zusätzliche Risiken.

SPD

BLITZ!: Welche kommunalen Probleme wollen Sie in den nächsten fünf Jahren lösen?

Axel Dyck: Die SPD setzt sich weiterhin für eine umfangreiche Wirtschaftsförderung ein, um Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen. Wir wollen, dass Leipzig noch familienfreundlicher wird. Und wir wollen den sozialen Zusammenhalt unserer Stadt stärken, sowie die Lebensqualität weiter verbessern.

BLITZ!: Wie wollen Sie das finanzieren?

Axel Dyck: Im städtischen Haushalt müssen Schwerpunkte gesetzt werden. Dabei sehen wir auch die Notwendigkeit, den Haushalt nachhaltig und umsichtig zu sanieren.

BLITZ!: Jugend, Kultur, Sport - was wollen Sie wie fördern?

Axel Dyck: Die SPD wird sich weiterhin für die Sanierung von Schulen und Kitas stark machen. Ein bedarfsgerechtes und pädagogisch anspruchsvolles Netz von Kindertagesstätten ist und bleibt Markenzeichen sozialdemokratischer Politik in Leipzig. Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass auch in Zukunft die Finanzierung von Kunst und Kultur auf hohem Niveau erhalten bleibt. Wir wollen den Sporthallenneubau bzw. die Sporthallensanierung für den Breiten- und Schulsport voranbringen. Die SPD spricht sich außerdem für eine Anhebung der Sportförderung aus.

BLITZ!: Wie stehen Sie und Ihre Partei zum Thema Nachtfluglärm in und über Leipzig?

Axel Dyck: **Wir sehen mit Sorge, dass die Chancen des Wirtschaftsstandortes "Flughafen" für die Entwicklung unserer Region beeinträchtigt werden könnten, wenn die Interessen der Anwohner nicht genügend berücksichtigt werden. Die SPD unterstützt daher alle Aktivitäten zur Reduzierung der Lärmbelastungen. Die im Planfeststellungsverfahren definierten Obergrenzen und Auflagen müssen vollumfänglich eingehalten werden. Wir sind gegen die Nutzung der Südabkurvung. Zum Thema Nachtfluglärm gibt es einschlägige Gerichtsurteile, die wir anerkennen.**

BLITZ!: Womit befasst sich der Leipziger Stadtrat, und in welchen Fragen hat er nicht mitzubestimmen?

Axel Dyck: Der Leipziger Stadtrat hat sich mit allen kommunalpolitisch relevanten Themen, die Leipzig betreffen, zu befassen. Wir sprechen uns dafür aus, die Mitsprachemöglichkeiten der kommunalpolitischen Akteure bei bundes- und landespolitischen Entscheidungen, die auch die Städte und Gemeinden betreffen, zu erhöhen.

BLITZ!: Ist eine Wahlbeteiligung unter 50 Prozent für Sie problematisch? Warum bzw. warum nicht?

Axel Dyck: Die SPD hofft auf eine hohe Wahlbeteiligung und damit auf eine deutliche Legitimation der dann gewählten Stadträtinnen und Stadträte. Außerdem kann eine hohe Wahlbeteiligung der demokratisch gesinnten Bürgerschaft dazu beitragen, den Einzug der NPD in den Stadtrat zu verhindern.

BLITZ!: Wie stehen Sie und Ihre Partei zum Thema Public Private Partnership in Leipzig?

Axel Dyck: Die SPD-Fraktion hatte bereits im Jahr 2002 im Stadtrat beantragt, an einem PPP-Pilotprojekt die Zusammenarbeit mit einem privaten Partner bei der Sanierung und Bewirtschaftung von Schulen zu erproben. Wir bedauern, dass die Ratsversammlung am 22.04.2009 mehrheitlich die Vorlage zum PPP-Pilotprojekt abgelehnt hat, da die zuständige Kämmerin Frau Kudla offensichtlich eine handwerklich nicht vollständig überzeugende Vorlage präsentiert und wichtige Fragen nicht zufriedenstellend beantworten konnte. Die SPD-Fraktion steht auch weiterhin einem PPP-Pilotprojekt zur Schulsanierung und Betreibung grundsätzlich positiv gegenüber. Erst danach kann wirklich fundiert eingeschätzt werden, ob PPP eine Alternative ist.